

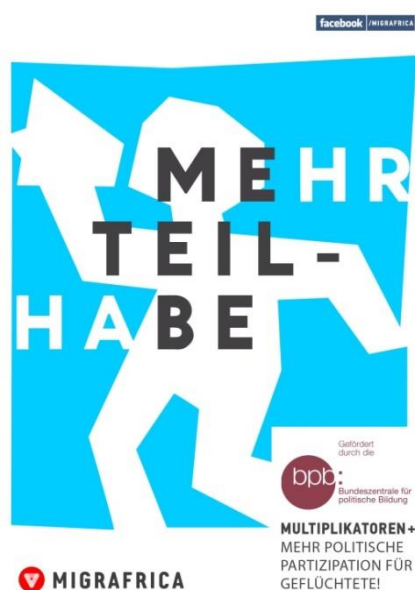
Eine neue Anerkennungs- und Erinnerungspolitik als zentrale Voraussetzung für mehr politische Partizipation

Überlegungen anlässlich der Multiplikator*innenschulung von Migrafrica e.V.

Vom 7. bis 9. Juli 2017 fand in Bonn eine Multiplikator*innenschulung statt, die die verschiedenen Facetten beleuchtete, die es zu beachten gilt, wenn es um mehr politische Partizipation von Migrant*innen einschließlich Geflüchteten und Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund geht. Die Zusammenfassung finden Sie unter: <http://diasporanrw.net/migrafrica-lud-zum-seminarwochenende-in-bonn-ein/>

Vorab

Die Bedeutung sogenannter migrantischer Akteur*innen in Deutschland nimmt in vielen Bereichen stetig zu. Trotz der Vielfalt der von ihnen bearbeiteten Themen konzentrieren sich jedoch nach wie vor viele Aktivitäten auf Bereiche mit einem Bezug zu Integration, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Flucht und Migration. Ganz klar betreffen diese und ähnliche Bereiche



die erwähnte Gruppe oftmals auf besondere Weise, was diese Priorisierung rechtfertigt. Dennoch: Vermehrt sollten auch Themenbereiche von dieser Gruppe besetzt werden, die (noch) nicht per se mit Migrant*innen bzw. mit Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund verbunden werden. Ein großes Hindernis ist hierbei eine hinterherhinkende deutsche Erinnerungspolitik und -kultur, die kaum Identifikationsmöglichkeiten für die nicht als Mehrheitsgesellschaft bezeichnete Gruppe bietet. Mangelnde Identifikation mit diesem Land kann eine Ursache für mangelndes politisches Engagement jenseits der eingangs erwähnten Themenfelder sein. Andererseits kann die verbreitete mangelnde Bereitschaft eines grundlegenden Überdenkens der Frage, was und wer heute alles deutsch ist und was und wer nicht, dafür sorgen, dass einem die potentiell „besten Deutschen“ verlorengehen. Durch einen Blick auf die Geschichte der letzten 500 Jahre wird schnell deutlich, dass Menschen aus aller Welt Europas Geschichte mitprägten – und zwar nicht nur als Sklaven und

koloniale Untertanen, sondern auch in Bereichen wie der Wissenschaft, Medizin, Architektur oder Philosophie. Spätestens mit der im 19. Jahrhundert in Europa entstehenden Nationalstaat-Idee, die von ethnisch homogenen Völkern ausging, gerieten gesamtgesellschaftliche Leistungen „außereuropäischer“ Akteur*innen durch Auslassungen in Vergessenheit, während die Betonungen der Leistungen europäischer Akteur*innen andererseits genau das Gegenteil bewirkten bzw. immer noch bewirken. Das Bewusstsein hierüber und eine Überholung dieser verstaubten Geschichtsschreibung sind dringend notwendig. In Zeiten komplexer werdender Identitätsrealitäten ist dies im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Unabhängig davon gilt es verstärkt jenseits der vertrauten Strukturen tätig zu werden, um auch als Menschen mit sogenanntem Migrations-

Eine Welt Netz  NRW

hintergrund zunehmend als politische Akteur*innen im gesamtgesellschaftlichen Kontext sichtbar zu werden.

Wo sind Migrant*innen (und als solche wahrgenommene Menschen) überwiegend bereits tätig?

Selbstverständlich werden mittlerweile alle beruflichen bzw. thematischen Bereiche auch von Migrant*innen und mit dieser Gruppe oftmals verbundenen Menschen besetzt. Dennoch muss festgehalten werden, dass es schon bevorzugte Bereiche für die genannte Gruppe gibt. Das „bevorzugt“ gilt hierbei in zwei Richtungen: Einmal als ein von außen jemandem zugeschriebenes Thema, in dem XY – so die zum Teil ungeprüfte und teils sogar falsche Annahme – sicherlich besondere Kompetenzen haben muss; zum anderen kann ein bestimmtes Thema von XY aber auch selbst als bevorzugtes Thema besetzt werden, weil man sich hier als besonders kompetent empfindet – was zum Teil bzw. im Vergleich zur Gesamtgesellschaft auch tatsächlich überdurchschnittlich oft der Fall ist. Beides – also Fremdzuschreibung und Selbstwahrnehmung – kann sich gegenseitig beeinflussen und bereits existierende Tendenzen mit positiven wie negativen Konsequenzen verstärken. Dabei handelt es sich um tendenziell politisch relevante Bereiche. Diese stehen im Fokus der vorliegenden Überlegungen. Was hier außen vorgelassen wird, sind davon eher unabhängige Bereiche wie etwa das Handwerk, das Finanzwesen oder aber etwa der ganze Bereich der sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und damit verbundene Themen- und Berufsfelder. Nur ganz kurz dazu: Hier sind bereits viele Migrant*innen bzw. Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund sehr erfolgreich.

Bezogen auf politisch relevante Felder sind zwar seit Jahren positive Tendenzen zu beobachten, die in Richtung mehr politische Partizipation gehen. Dennoch beschränkt sich das migrantische Engagement noch allzu sehr auf die Bereiche Integration, Rassismus und vergleichbare Bereiche sowie auf das Globales Lernen (GL).

Zum Bereich Integration gehören unter anderem die kollektive Verbesserung der eigenen Situation im Zielland etwa im Bereich der schulischen Bildung, der Berufsausbildung, sowie des Zugangs zu Wohnraum etc.; insbesondere seit dem Jahr 2015, in dem die Zahl geflüchteter Menschen in Deutschland einen neuen Höhepunkt erreicht hatte, sahen sich auch immer mehr migrantische Akteur*innen inklusive eingebürgerter Menschen der zweiten und sogar dritten (etc.) Generation – oftmals unterstützt durch „Mehrheitsgesellschaftsangehörige“ – mit allen Aufgabenfeldern konfrontiert, die das Thema „Flüchtlingsbewältigung im Aufnahmeland“ betreffen. Das fängt an mit der Erstversorgung und geht über die Begleitung bei Amtsgängen oder medizinischen Angelegenheiten bis hin zur Organisation von Deutschkursen.

Der Bereich Rassismus kann sowohl zum erstgenannten als auch zum noch zu erwähnenden dritten Bereich gezählt werden – je nach konkretem Kontext. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kann auf der einen Seite identifiziert und analysiert werden, wenn es um strukturelle Benachteiligung in verschiedenen Bereichen geht. Dann wäre er eher dem erstgenannten Thema zuzuordnen. Theoretischer wird das Thema etwa in Bezug auf seine Entstehungsgeschichte, seine ausgrenzende Intention und verbunden mit Themen wie Postkolonialismus oder critical whiteness behandelt – oftmals auch und gerade in

(Weiter)Bildungsmaßnahmen für sogenannte „Mehrheitsgesellschaftsangehörige“; in diesem Falle ist das Thema dann eher dem Bereich Globales Lernen zuzuordnen.

Im Bereich des Globalen Lernens geht es neben Rassismus und damit verbundenen Themenbereichen auch um die Vermittlung unterschiedlicher globaler Perspektiven auf ein und denselben Sachverhalt, so auch zum Thema Flucht und Fluchtursachen. Auch länderspezifische Themen gehören zu diesem Bereich.

Bei allen drei Bereichen liegt es auf der Hand, dass migrantische Akteur*innen oftmals über besondere Kompetenzen bzw. über ein spezifisches Wissen verfügen, die bzw. das einer effektiven Arbeit zugutekommen bzw. zugutekommt. Wenn Menschen – selbst zum Teil in der dritten Generation – noch kulturell und sprachlich in der Lage sind, ankommende Geflüchtete besser zu begleiten, dann ist das klar ein Vorteil. Auch können Migrant*innen bzw. Menschen, die aufgrund ihrer äußerlichen Merkmale potentiell von Rassismus betroffen sind, sicherlich meist realitätsnäher zu dem Thema arbeiten, als jemand, der das alles „nur“ theoretisch weiß. Und ein weiterhin am Puls der Entwicklungen des Herkunftslands tastender Mensch dürfte in der Regel auch realere Bilder davon zeichnen als ein Mensch, der mal zu Forschungszwecken, im Rahmen eines Freiwilligendienstes oder auch aus beruflichen Gründen eine gewisse Zeit in einem Land des sogenannten Globalen Südens verbracht hat.

Es ist also potentiell zum Nutzen aller an den erwähnten Themenfeldern arbeitenden Menschen, wenn Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund bzw. potentiell von Rassismus betroffene Menschen in diesen Bereichen tätig sind und ihr Anteil ggf. noch wächst. Nicht zuletzt hervorzuheben ist auch die Wertschätzung, die man dadurch von Menschen mit und ohne sogenanntem Migrationshintergrund erfahren kann. Diese kann wiederum eine Quelle für zunehmendes Engagement sein.

Thematisch bedingte Herausforderungen

So wenig die positiven Aspekte des erwähnten Engagements der im Fokus stehenden Menschengruppe unterschlagen werden sollen, so wenig kann aber ignoriert werden, dass diese (Außen- und Selbst-)Beschränkung auch Gefahren in sich birgt. Wenn alles, was keinen unmittelbaren Süd-, Rassismus- oder Integrationsbezug hat, nicht als Kompetenzbereich dieser Gruppe wahrgenommen wird, entstehen zum Teil „migrantische Spielwiesen“, in denen man seine allgemein anerkannte Kompetenzen und eine damit verbundene Position innehat. Jenseits davon – etwa in politischen Bereichen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz (auch diejenigen mit einem lokalen oder regionalen Bezug) tauchen Vertreter*innen dieser Gruppe jedoch kaum auf. Wenn es etwa um soziale Themen im Allgemeinen, um Generationenfragen, infrastrukturelle oder städtebauliche Belange etc. geht, sucht man diese Gruppe meist vergeblich – auch im Kontext der Parteienpolitik. Und wir erinnern uns: Fremdzuschreibung und Selbstwahrnehmung können sich gegenseitig beeinflussen und bereits existierenden Tendenzen mit positiven wie negativen Konsequenzen verstärken. Das heißt im Klartext: Der Status quo in puncto der Frage, wer zu welchen Themen arbeitet (bzw. arbeiten soll und darf) wird tendenziell – wenn nicht effektiv gegengesteuert wird – nicht nur bewahrt, sondern schlimmstenfalls noch zugunsten dieser einseitigen Aufteilung von Kompetenzen und Positionen ausgebaut. Für diejenigen, die sich hier – also in Deutschland – ohnehin

nur übergangsweise sehen, ist das eventuell noch hinnehmbar. Diejenigen aber, die ihre Zukunft hier sehen und zum Teil auch ausschließlich hier sehen können – darunter in Deutschland geborene Nachfahren von Migrant*innen – werden aber vor den Kopf gestoßen bzw. begrenzen sich selbst.

Nutzen und Grenzen eigener Strukturen und geschützter Räume

Wer sagen würde, dass es eigener Strukturen und geschützter Räume für die im Fokus stehende Menschengruppe nicht mehr bedarf, der würde gesellschaftliche Realitäten ignorieren. Klar sind sie noch notwendig und dies aus einer Reihe an Gründen. Zum einen existieren spezifische, von den Interessen der sogenannten Mehrheitsgesellschaft entkoppelte Interessensbereiche, bei denen es keinen Sinn machen würde, sie unter Beteiligung aller Repräsentant*innen der Gesamtgesellschaft zu behandeln. Zudem können in eigenen Strukturen verwaltungstechnische, administrative und bürokratische Vorgänge eingeübt werden, die später ggf. nützlich für ein Engagement in den „offiziellen Strukturen“ sind. Der erfolgreiche Aufbau und Erhalt eigener Strukturen mit allem, was dazugehört, wirkt sich auch nicht zuletzt positiv auf das Selbstbewusstsein aus.

Geschützte Räume können die eigenen Strukturen selbst sein oder aber auch von Institutionen der sogenannten Mehrheitsgesellschaft (zum Teil temporär begrenzt) gewährte Räume sein. Dort können sensible Themen besprochen werden, die nicht von Anfang an – also wenn direkt alle mit am Tisch sitzen würden – besprochen werden könnten.

Problematisch wird es dann, wenn die eigenen Strukturen dem Irrglauben Vorschub leisten, man spiele schon vollumfänglich im gesamtgesellschaftlichen Kontext mit, obwohl man in der Realität bestenfalls Teilaspekte gesamtgesellschaftlich relevanter Inhalte bearbeitet und ggf. auch aus den eigenen Strukturen herausträgt und damit etwa – punktuell oder dauerhaft – Zielgruppen jenseits davon erreicht.

Wenn aber thematisch mehr oder weniger identische Parallelstrukturen entstehen, die sich abgesehen davon, dass ein und dasselbe Thema von unterschiedlichen Akteur*innen behandelt wird, kaum unterscheiden, dann entstehen oftmals sogar Konstrukte, die keinen (gesamtgesellschaftlichen) Mehrwert mehr aufweisen. Schlimmstenfalls würden sich dann Strukturen mit ihren jeweiligen Ansprüchen auf Deutungshoheit und Alleingültigkeit gegenüberstellen.

Schon jetzt ist zu sehen, dass einige Personen, die sich im Rahmen eigener Strukturen und / oder geschützter Räume anerkannte Kompetenzen und eine damit verbundene Position erworben haben, gar kein Interesse (mehr) daran zeigen, in gesamtgesellschaftlichen Kontexten Kompetenzen und Positionen zu erwerben. Zum Teil richten es sich solche Menschen dann sogar in Strukturen, die von ihrer Intention her eigentlich als Übergangskonstruktionen gedacht sein sollten, bequem ein, weil man Kompetenz und Position womöglich ansonsten einbüßen würde. In solchen Fällen bewirken eigene Strukturen und geschützte Räume das Gegenteil dessen, wofür sie in ihrer Masse vielfach geschaffen worden waren: Man zementiert den Status quo weiter, der eine temporäre Separation zur Bündelung und Vertretung spezifischer Interessen nötig werden ließ. Wenige Nutznießer*innen haben also paradoxerweise umso mehr ihre Position inne, desto mehr die eigene Struktur und der geschützte Raum notwendig sind. Auf der Strecke bleiben würde aber so das Vorankommen der Mehrheit der im Fokus der vorliegenden Überlegungen stehenden Menschengruppe. Sehr überspitzt

könnte man hier sagen, dass die aus der US-amerikanischen Geschichte stammende Losung „separated but equal“ (dt.: „getrennt, aber gleich“; ursprünglich aus dem Kontext der „Rassentrennung“ in den USA des 20. Jahrhunderts) in einem neuen Kontext angewendet werden könnte – auch wenn dieser Vergleich zugegebenermaßen hinkt.

Warum hin zu einer neuen Erinnerungspolitik und -kultur?

Wie schon eingangs erwähnt, hinkt Deutschlands Erinnerungs- bzw. Anerkennungskultur und -politik hinterher, wenn es um komplexer werdende gesamtgesellschaftliche Konstellationen geht, einschließlich komplexer werdender Identitätsrealitäten. Dies ist das Erbe einer langen Geschichte, die mit der sogenannten Neuzeit ab der „Entdeckung“ Amerikas begann, der Etablierung des transatlantischen Raums und kolonialen Zeiten weiterging und auch nach einer Phase weltweiter Dekolonisierung insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht wirklich beendet worden ist. Damit Europa aufsteigen und die westliche Welt entstehen konnte, war eine dauerhafte Kontrolle zwecks ökonomischer Ausbeutung von Arbeitskraft und Ressourcen weltweit unerlässlich. Diese zunehmend systematisch betriebenen Ausbeutungsprozesse wiesen einen immer institutionalisierteren Charakter auf. Dadurch – also aus ursprünglich primär ökonomischen Erwägungen heraus – wurden ganze Populationen rund um den Globus degradiert oder sogar dehumanisiert, um eine dauerhafte Unterdrückung auch gegenüber dem eigenen Gewissen rechtfertigen zu können. Jahrhunderte der Dekonstruktion anderer zugunsten der eigenen Gruppe haben Spuren bis in die Gegenwart hinterlassen. Auf der Makroebene wird nach wie vor weitestgehend negiert, dass Entwicklung hier ohne Unterentwicklung dort nicht denkbar ist – die Eine-Welt-Szene etwa bildet hier eher die Ausnahme. Dieser Prozess wurde zunehmend pseudowissenschaftlich flankiert und gipfelte nicht zuletzt in der Konstruktion von „Rassen“, die hierarchisch geordnet wurden. Letztgenanntes ist auch eine zentrale Grundlage dafür gewesen, dass ab dem 19. Jahrhundert zunehmend die Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaats aufkam – mit allem damit verbundenen Irrsinn wie Blutrecht und so weiter. Heutige – oftmals in Anführungszeichen oder mit einem Lächeln verwendete Begriffe wie „Biodeutsche“ gehen auf eine solche „Rassenkonstruktion“ zurück – auch wenn sich die / der Verwender*in dieses Begriffs dessen nicht immer bewusst ist. Diese systematisch betriebene Dekonstruktion aus primär makroperspektivischen, ökonomisch motivierten Erwägungen heraus hatte auch weitere, vielmehr die individuelle Ebene betreffende Folgen: Im Laufe der gesamten Geschichte seitdem Europa aufstieg und die westliche Welt geschaffen wurde, gab (und gibt) es dies- und jenseits des Atlantiks erfolgreiche Biografien von Menschen dieser dekonstruierten Gruppen, die es trotz aller Widrigkeiten und Stolpersteine zu etwas brachten – sei es beispielsweise im Bereich der Wissenschaft, im Ingenieurwesen oder aber in der Philosophie. In den jeweiligen nationalen Geschichtsschreibungen fanden und finden solche Menschen aufgrund der oben erwähnten Nationalstaats-Idee jedoch kaum Berücksichtigung. Der Panafrikanist W.E.B. Dubois (1868-1963) sprach in diesem Kontext von *Auslassungen* einerseits und *Betonungen* andererseits. Um etwa die Überlegenheit der eigenen „Rasse“ hervorzuheben, wurden die eigenen historischen Leistungen hervorgehoben, die der Dekonstruierten aber ausgelassen. Konstruktion einerseits bedingte und bedingt Dekonstruktion andererseits.

Stereotype, die in Zeiten des transatlantischen Sklavenhandels oder in der Kolonialzeit ihren Ursprung haben, bestehen vielfach fort. Sie sprechen vereinfachend der historisch dekonstruierten Gruppe die Komplexität in allen Bereichen ab, während man sie bei sich selbst verstärkt verortet (oder dies zumindest meint). Da die historisch dekonstruierten Menschengruppen nie adäquat und nur sehr halbherzig rekonstruiert wurden (und noch immer werden), besteht nach wie vor ein schiefes Bild, das sich nun allmählich negativ auf den gesamtgesellschaftlichen Kontext auszuwirken beginnt: Je einseitiger unsere Erinnerungskultur und -politik in Zeiten komplexer werdender gesamtgesellschaftlicher Realitäten weiterhin bleibt, desto weniger Menschen können sich künftig damit identifizieren, denn der demografische Wandel geht auch an einem Land, das lange nicht wahrhaben wollte, schon längst ein Einwanderungsland zu sein, nicht spurlos vorüber. Finden sich Deutsche unterschiedlichster Herkunft nicht im Konstrukt unserer Geschichtsschreibung, in unserer offiziellen deutschen Identitätenlandschaft wieder, kann dies im „harmlosesten“ Fall zu individueller Enttäuschung und Frustration führen, weil man sich mit der Gesellschaft, in der man lebt, nicht identifizieren kann und kaum Anknüpfungspunkte findet. Schlimmer wird es, wenn sich solche Menschen einen Plan B überlegen und sich etwa nicht still und individuell, sondern provokant und offensiv abkapseln, ihre Identität zunehmend aus ihren Wurzeln jenseits Deutschlands zusammenschmieden und sich sogar im äußersten Falle radikalieren. Um nicht missverstanden zu werden: Es gibt keine Entschuldigung für eine wie auch immer geartete Radikalisierung, die beispielsweise in einer extremen Gewaltbereitschaft gipfelt. Genauso wenig ist es gutzuheißen, dass Menschen, die teilweise schon der zweiten, dritten etc. Generation angehören, nach wie vor stärker am politischen Geschehen in den Herkunftsländern (oftmals der Eltern- oder Großelterngeneration) interessiert sind, als am politischen Geschehen in Deutschland – oft unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben oder nicht. Aber die nach wie vor weit verbreiteten und recht exklusiven, von veralteten Ideen wie ethnisch homogenen Nationen geprägten Ansichten in Deutschland begünstigen solche Abkapselungstendenzen nicht unbedeutend. Dass hierbei äußerliche Merkmale eine zentrale Rolle spielen, verdeutlicht Folgendes: Nachfahren von Menschen, die als sogenannte Ruhrpolen im 19. Jahrhundert ins sich industrialisierende Deutschland kamen und nach wie vor polnische Nachnamen haben, leiden beispielsweise nicht unter dieser Exklusion und orientieren sich auch daher in der Regel nicht in Richtung Polen. Sie sind längst offiziell anerkannt als Deutsche. Ähnlich verhält sich dies mit anderen „ethnisch unauffälligen Gruppen“ wie den Nachfahren der Hugenotten.

Erfreulicherweise dulden immer mehr Menschen in Deutschland eine solche vereinfachende Sicht auf komplexer werdende Realitäten nicht mehr und halten dagegen. Auch Begriffe wie zum Beispiel „Afrodeutsche“, „Neue Deutsche“ oder „Deutsche+“ verdeutlichen dies. Immer weniger Menschen werden es aber trotzdem nicht, wie etwa das Erstarren rechter Ränder zeigt, die auch zunehmend gesellschaftsfähig zu werden scheinen – wie zunehmende Wahlerfolge illustrieren.

Nun könnte man sagen, dass es ewig so weiter gehen könnte. Immerhin hat es ja lange genug funktioniert. Aber nicht nur aus Empathie oder gar Mitleid, sondern aus ureigenem Interesse heraus gilt es, das, was deutsch ist und war, neu zu definieren, bzw. konkreter: bisherige Auslassungen stärker zu betonen. Denn so sehr Deutschland und Europa es sich lange leisten konnten, so exklusiv zu handeln, so sehr ist nicht erst seit gestern klar, dass zum einen neue ökonomische und politische Machzentren auf dieser Erde entstehen, und man sich nun den Luxus des Ausschließens ganzer

Gruppen aus bestimmten Bereichen nicht mehr leisten kann, wenn man im Kampf um die besten Köpfe nicht den Anschluss verlieren will. Zum anderen gibt es globale Herausforderungen, die in ihrer Komplexität kaum auf Vorgänger zurückblicken können und daher das An-einem-Strang-ziehen stärker in den Fokus rücken lassen – und zwar nicht nur im innerstaatlichen Bereich, sondern auch im zwischenstaatlichen.

Ein Deutschland, das zukunftsfähig bleiben will, darf nicht nur kurzfristig und im Sinne seiner „klassischen“ Klientel denken. Es muss umsteuern und künftig mehr bisher ausgeschlossene Menschengruppen mitnehmen und ihnen zunehmend Perspektiven in allen Bereichen bieten – also auch in jenen, in denen man sie bisher nicht verortete. Vieles passiert hier schon – auch und gerade in der Eine-Welt-Szene. Damit diese Impulse aber gesamtgesellschaftlich wirken können, muss das Thema breiter behandelt werden. Da viele ausschließende Mechanismen wie behandelt historisch bedingt sind, reicht es nicht aus, einfach mehr Partizipation bisher ausgeschlossener Gruppen zu verordnen oder Kampagnen für mehr Toleranz oder weniger Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu starten. Vielmehr muss parallel dazu die Grundlage für eine breite Akzeptanz hierfür geschaffen werden. Dazu muss das Dekonstruierte – wie bereits erwähnt – rekonstruiert werden. Öffentliche Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur VHS wären dazu genauso geeignet dazu wie etwa der Bereich der Medien, um eine an gesellschaftliche Realitäten angepasste Erinnerungskultur zu transportieren. Wer hier auf Zeit spielt oder gar schläft, spielt mit der Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

(Serge Palasie, Juli 2017)